

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkollektors zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Rettung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich Max G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445.

**Verkaufsweg:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfach-Nr. 1521.** Gemeindefachverhandlungsstelle Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Goldmark):** Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pf., drittel 20 Pf., die 60 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pf. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erscheinungsort Bischofswerda.

Nr. 15

Dienstag, den 19. Januar 1926.

81. Jahrgang

## Tageschau.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind am Sonntagabend noch nicht zum Abschluß gekommen. Für Montag nachmittag 6 Uhr ist eine neue Besprechung der Fraktionsvorsitzenden mit Dr. Luther vereinbart.

Bei einer Reichsgründungsfeier in München gab Dr. Strefemann eine Darlegung der Grundgedanken, die zum Damesabkommen und zu Locarno geführt haben. Weber der Damesplan noch Locarno seien endgültige Lösungen für die Zukunft.

Im Berliner Stadtteil Moabit stürzte infolge einer Gasexplosion ein vierstöckiges Gebäude zusammen und begrub zahlreiche Personen unter den Trümmern. Bisher sind 7 Tote und 20 Verletzte geboren.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

## Eine nach links orientierte Ministerliste?

Berlin, 17. Jan. Im Reichstag wurde gestern abend nach einem Bericht des Nachrichtenbureaus Deutscher Zeitungsverleger folgende Ministerliste als wahrscheinlich bezeichnet:

- Reichskanzler: Dr. Luther,
- Außenminister: Dr. Strefemann,
- Innenminister: Koch (Dem.),
- Wirtschaft: Bürgers-Röhl (Zentr.),
- Finanzen: Reinhold (Dem.),
- Arbeit: Brauns (Zentr.),
- Verkehr: Krohne (D. Sp.),
- Justiz und besetzte Gebiete: Morg (Zentr.),
- Post: Sittig (Bayr. Sp.),
- Reichswehr: Gehler,
- Landwirtschaft: Hepp (D. Sp.).

Der Beheimete Finanzrat Bürger ist Direktor des Schaaffhausen'schen Bankvereins in Köln.

Nach neueren Verhandlungen hat sich Reichswehrminister Dr. Gehler bereit erklärt, seinen Posten in dem neuen Kabinett Luther beizubehalten.

Berlin, 18. Jan. (Drahtb.) Für Montag nachmittag 6 Uhr ist, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, eine neue Besprechung Dr. Luthers mit den Fraktionsvorsitzenden vereinbart, in der die Fraktionsbeschlüsse mitgeteilt und die Bestimmungen zu der Ministerliste formell erteilt werden sollen.

In der demokratischen und sozialdemokratischen Presse wird die obige Ministerliste bereits als Abschluß der Krise begrüßt, obwohl doch die Regierungsfähigkeit eines solchen Kabinetts stark bezweifelt werden muß. Zunächst macht sich ein

### Widerstand der Bayerischen Volkspartei

gestand. Der Abgeordnete Reichert widerspricht in der Sonnabendnachmittagssitzung der Besetzung des Reichsinnenministeriums mit dem demokratischen Abgeordneten Koch und machte von dieser Frage sogar die Beteiligung seiner Fraktion an der Koalition prinzipiell abhängig. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei ist telephonisch für Montag vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung in den Reichstag einberufen worden und wird zu der Frage Stellung nehmen, ob der Reichspostminister Sittig aus der Regierung zurückgezogen werden soll, wenn der demokratische Abgeordnete Koch das Reichsinnenministerium übernimmt oder ob auf dem Wege irgendwelcher anderer Konzeptionen die Koalition auch unter Teilnahme der Bayerischen Volkspartei gebildet werden kann.

### Die Bedenken der Deutschen Volkspartei

gegen ein Ministerium, das seine Anlehnung nur nach links sucht, haben sich eher verschärft, als vermindert. In einer großen Aussprache, die der Führer der Deutschen Volkspartei, der Abg. Scholz, mit dem Reichskanzler in der vergangenen Woche hatte, hatte die Volkspartei bereits dem Kanzler seine Bedenken unterbreiten lassen. Die Zusätze für eine Koalition, in der den Demokraten das Innenministerium zufallen soll, ist der Volkspartei sicher nicht leicht geworden. Schon heute muß man darauf hinweisen, daß das Kabinett Luther in der Form, wie sie in der nachstehenden vorläufigen Ministerliste verbreitet wird, kaum Aussicht auf langen Bestand haben wird. Die Mittelparteien können bei der wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland befindet, keine gemeinsame Politik mit den Sozialdemokraten treiben, die sich heute mehr als je nach der radikalen Seite hin entwickelt haben. Eine Anlehnung nach

rechts ist aber durch die Zusammenlegung des Kabinetts unmöglich geworden. Von der Volkspartei hört man, daß sie nicht gewillt ist, die Schuld an etwa kommenden Verwicklungen zu tragen, da der Reichskanzler auf die Anregungen der Volkspartei, ein wirklich überparteiliches Kabinett zu schaffen, das seine Mehrheit auch rechts finden konnte, in keiner Weise eingegangen sei.

### Von deutschnationaler Seite

wird erklärt, daß, wenn das Kabinett in der erwarteten oder in einer ähnlichen Zusammenlegung vor dem Reichstag tritt, damit die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei gegeben wäre. Für sie wäre es entscheidend, daß die innere Politik Dr. Luthers, die bisher in innerpolitischer Hinsicht manche Berührungspunkte mit der der Deutschnationalen gezeigt habe, nunmehr den Anschluß ausschließlich nach der linken Seite suche. Wenn Leute, wie der Abg. Koch und Morg, die erst jüngst wieder gezeigt hätten, in wie starkem Maße sie sich der Sozialdemokratie verbunden fühlen, Ministerstellen in einem Kabinett Luther erhalten und dann auch noch so wichtige Posten erhalten anvertraut bekommen, dann wären damit die letzten Gründe beseitigt, durch die die Deutschnationale Volkspartei sich vielleicht veranlaßt gesehen hätte, dem Kabinett Luther mit einer gewissen Schonung gegenüberzutreten.

Andererseits wiederum, und darin liegt die Schwierigkeit der Lage, sieht die Demokratische Partei die Besetzung des Reichsinnenministeriums mit dem Abg. Koch als unerlässliche Garantie an. Sie will auf die Kandidatur Kochs unter keinen Umständen verzichten. Jedenfalls sind die Aussichten Dr. Luthers, ein Kabinett zustandzubringen, das vor dem Parlament auch nur einigermaßen bestehen kann, noch dürrer geworden, als sie bisher schon waren. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß die endgültige Entscheidung darüber, ob es Dr. Luther nunmehr möglich sein wird, ein Kabinett zustandzubringen, bereits im Laufe des Monats fallen wird. Der Reichskanzler hat am Sonntag vormittag, 10 Uhr, dem Reichspräsidenten über den Stand der Kabinettsbildung berichtet.

## Die Volkspartei gibt nach?

Berlin, 18. Januar. (Drahtb.) Die Deutsche Volkspartei hat die Bedenken, die sie in den bisherigen Verhandlungen gegen die Besetzung des Innenministeriums mit einem Demokraten äußerte, fallen lassen und sich schließlich einverstanden erklärt, daß der Posten des Innenministers mit Dr. Koch besetzt wird.

## Strefemann zum Reichsgründungstage

### Eine Verteidigung des Dames-Paktes.

München, 17. Januar. Reichsaussenminister Dr. Strefemann sprach heute in München im Rahmen einer von der Deutschen Volkspartei im Obersonal veranstalteten Reichsgründungsfeier. Unter Bezugnahme auf Ausführungen des bayerischen Staatssekretärs Schmauß, der Bismards Wägung und Klugheit in der Behandlung der Bundesstaaten gerühmt hatte, führte der Reichsaussenminister aus: Bismards Ausspruch: „An einem zufriedenen Bayern und Sachsen liegt mir mehr als an 100 Paragrafen“ gelte auch für die Gegenwart. Nur solle man sich daran denken, daß diese Zufriedenheit ebenfalls nicht durch Paragrafen allein zu erreichen sei, sondern aus jenem Gefühl der Zusammengehörigkeit des Reiches und der in ihm vereinten deutschen Stämme, das uns als wichtigstes Merkmal aus dem verlorenen Kriege geblieben sei.

In seinen weiteren Ausführungen gab Dr. Strefemann eine Darlegung der Grundgedanken, die zum Damesabkommen und zu Locarno geführt hätten, und dann weiter zu erklären: Wer heute die Arbeitslosigkeit, das Elend und die Kreditnot auf das Damesabkommen zurückführe, täusche (?) bewußt oder unbewußt die geschichtliche Entwicklung. Wenn die frühere Wälder der von Deutschland erzwungenen Reparationen aufrechterhalten worden wäre, hätten wir wahrscheinlich diesen Winter überhaupt nicht überstanden. Ohne das Dames-Abkommen wäre die deutsche Währung nicht haltbar gewesen. Die Inneziehung fremden Kapitals in Deutschland sei bei dem Mangel an Sparkapital eine Notwendigkeit und schaffe im übrigen eine Interessengemeinschaft, die auch der deutschen Politik nützen könnte. Weber der Dames-Plan noch Locarno seien endgültige Lösungen für alle Zeiten. Aber sie seien wichtige Stappen auf dem Wege zu einem Frieden, unter dem allein wir ebenso wie andere Völker vorwärtskommen können. Der Weltfrieden, der unsere Lage als unverbesserbar ansehe, sei gemäß der Entwicklung der letzten Jahre ungerechtfertigt und im übrigen auch geeignet, uns im Auslande zu schaden anstatt zu nützen. Der wankende Glaube an die endgültige Lösung der Reparationsfrage durch das Dames-Abkommen sei im übrigen im Auslande gegenwärtig stärker verbreitet als im Inlande. Ob Locarno die weitere Entwicklung des Verhältnisses Deutschlands zu anderen Staaten die Vorteile bringe, die davon erwartet werden, könne in dieser Stunde von niemandem gesagt werden.

Die Räumung der nördlichen Rheinlande solle man nicht nur vom Standpunkt der dadurch geschaffenen Erleichterungen für diesen Teil des besetzten Gebietes, sondern vom geschichtlichen Gesichtspunkt der damit erfolgten Erschütterung und Wendung der einst von Hoch und Clemenceau betriebenen Rheinlandpolitik würdigen. Man könne wohl betonen, daß die Aufhebung des Delegierten-Systems die in Aussicht gestellte weitgehende Verminderung der Gendarmerie und viele andere Erleichterungen ebenso anerkannt seien, wie die deutsche Regierung keinen Zweifel darüber lassen könne, daß sie eine Lösung der Frage der Stärke der Besatzungstruppen in der vom „Daily Telegraph“ angegebenen Stärke nicht annehmen könne.

Der Reichsaussenminister sagte dann, das Eintreten Deutschlands für die deutschen Minderheiten in Europa sei eine Pflicht des Deutschen Reiches, und betonte seine Ausführungen mit einem Rückblick auf die in den letzten Jahren in Deutschland vor sich gegangene Entwicklung, die fortgeschritten gewesen sei. Wir werden, so schloß der Minister, weiter kämpfen müssen, Tag für Tag und Schritt um Schritt, aber ein Recht, diese Entwicklung zu kritisieren, hat nur, wer andere Wege zu weisen vermag. Wer das nicht kann, aber jene Aktivität lähmt, würde unsere Außenpolitik zu jener passiven Planlosigkeit verurteilen, die Bismarck mit Recht als untragbar für ein Land in Deutschlands Lage schon zu Zeiten erklärt hat, da diese Lage besser gewesen ist, als heute.

## Ein amtlicher Schritt wegen der Besatzungsstärke.

Die deutschen Botschafter haben von der Reichsregierung den Auftrag erhalten, die Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, um Ausführungen über die Nachrichten betreffs der geplanten Truppenschiebungen im besetzten Gebiet zu bitten. Die Botschafter werden bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die geplante Ueberlastung der zweiten und dritten Zone mit den aus der ersten Zone herausgezogenen Truppen als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und gegen die vereinbarten Rückwirkungen des Locarno-Vertrages anzusehen ist.

## Ein neues Stück Fevertings.

### Ein Schlag gegen den Jungdeutschen Orden.

Der „Jungdeutsche“, die Tageszeitung des Jungdeutschen Ordens, bringt die merkwürdig klingende Mitteilung, daß gegen die Ordensleitung, bezw. den Hochmeister Rohraun, von der Kasseler Staatsanwaltschaft ein Hochverratsverfahren eingeleitet worden sei. In der Mitteilung der Ordensleitung heißt es weiter:

„Das Hochverratsverfahren gründet sich auf die auch durch die Veröffentlichungen der Ordensleitung im Jungdeutschen Orden bekanntgegebenen Verhandlungen des Hochmeisters mit ausländischen Politikern. Die Einleitung des Verfahrens ist um so sonderbarer, als die Ordensleitung von diesen Verhandlungen die für die Reichspolitik zuständigen Reichsbehörden jeweils unterrichtet habe.“

Der Jungdeutsche Orden richtet durch seine Tageszeitung an den preussischen Innenminister eine entsprechende Anfrage, ob er bereit ist, in der Öffentlichkeit die gegen die Ordensleitung vorliegenden angeblichen Anschuldigungen zu nennen.

In einer Erklärung, die der Hochmeister Rohraun und der Ordenskanzler Bornemann geben, heißt es:

„Wir können die Versicherung abgeben, daß die ausgestellten Bedenken vollkommen unhaltbar sind und in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Es sind in Wirklichkeit einflussreiche französische Staatsmänner an den Jungdeutschen herangezogen, um eine für beide Völker nützliche Wandlung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich zu erdieren. In dem Augenblick, in welchem diese Erdierungen einen zweifellos anerkannten Charakter annehmen und über das Maß einer persönlichen Unterhaltung hinausgehen, haben wir es für unsere Pflicht gehalten, in persönlicher Rücksprache den Reichspräsidenten zu unterrichten.“

## Ein Entwurf zur Aenderung des Reichswahlrechts.

Ein neuer Referentenentwurf zur Aenderung des Reichswahlrechts ist nahezu fertiggestellt und wird dem neuen Reichsinnenminister unmittelbar nach seinem Amtsantritt vorgelegt werden. Der alte Entwurf hat eine erhebliche Umarbeitung erfahren. Der Gesichtspunkt der Personenkandidatur ist stark in den Vordergrund getreten. Bei den großen Parteien des Reichstags herrscht der Wunsch vor, im Interesse unserer politischen Ordnung die bedeutungslosen Spitzparteien zum Verschwinden zu bringen. Die Wahlkreisverbände sollen vertilgt werden und die Wahlkreise demnach vor denen der Reichliste den Vorrang haben.